Ende Juni diskutierte der Deutsche Bundestag den 3. Armuts- und Reichtumsbericht des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Was sagt der Bericht im Kern aus?

Das ist ein merkwürdiges Konglomerat, ein Zahlenlabyrinth. Man findet sich sehr schwer zurecht, der Bericht ist nicht klar und stringent, aus meiner Sicht vernebelt er. Das ist vielleicht Taktik. Eine Zusammenstellung von Fakten ist dieser Bericht, es fehlt die Analyse. Mal ganz zu schweigen davon, dass keine politische Verantwortung übernommen wird. Dass Armut gesellschaftlicher und politischer Ausschluss ist – diese Aussage fehlt. Die Arbeitslosigkeit mag zurückgegangen sein, aber allein das festzustellen verschleiert die Realität. Das ist ein Scheinerfolg, den sich die Bundesregierung nicht zurechnen kann.

Jeder 8. in Deutschland ist arm, sagt der Bericht. Das sind rund 13 %. Weitere 13 % werden, so sagt Bundessozialminister Olaf Scholz, durch staatliche Transferleistungen vor der Armut bewahrt. Ist also alles „nur halb so wild"?

Diese Aussage von Herrn Scholz erbost mich! Das ist ein Witz, das ist zugleich zynisch und leichtfertig. Und es ist nicht wahr. Menschen, die Sozialhilfe oder Hartz IV bekommen, sind arm. Die können sich damit vielleicht eine Weile über Wasser halten, aber wer davon über einen längeren Zeitraum leben muss, kann nicht mehr am gesellschaftlichen Leben teilnehmen.

Und von was leben die anderen 13%, die als arm gelten?

Das würde ich auch gern wissen. Zum Leben gehört doch mehr, als ein bisschen Essen. Das sind die Menschen, die dann in die Suppenküchen gehen, bei der Lebensmittelverteilung anstehen. Immer wieder kommt ja die Frage auf, ob es eine Almosen-Diakonie geben sollte? Ganz ohne sie geht es nicht.

Wir haben also jeden 4. Menschen in Deutschland abgehängt. Ist Armut ein Laster, die Folge unseres „kollektiven Freizeitparks", wie es einst Helmut Kohl formulierte, oder zeigt der Bericht das Scheitern bundesdeutscher Politik?

Dass die Menschen selber schuld seien, diese Aussage ist unsäglich. Es gibt auch Menschen, die sind für ihre elende Lage verantwortlich, aber das ist eher ein Randphänomen. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht zeigt das, was zu erwarten war: die Zahlen der Bedürftigen steigen an. Ja, die Politik ist gescheitert, aber das wird keiner zugeben. Da redet man sich raus, wir als Politiker sind nicht schuld, das sind die Verhältnisse bzw. die Menschen eben selber. Warum sind sie nicht flexibler, warum nicht dieses oder jenes? Ja, wir haben ein Bildungsproblem. Ja, wir werden künftig mit Altersarmut zu tun bekommen, aber das wird nicht zur Kenntnis genommen. Was hilft denn eine private Absicherung über die

...ist gemacht

Ein Gespräch mit Susanne Kahl-Passoth

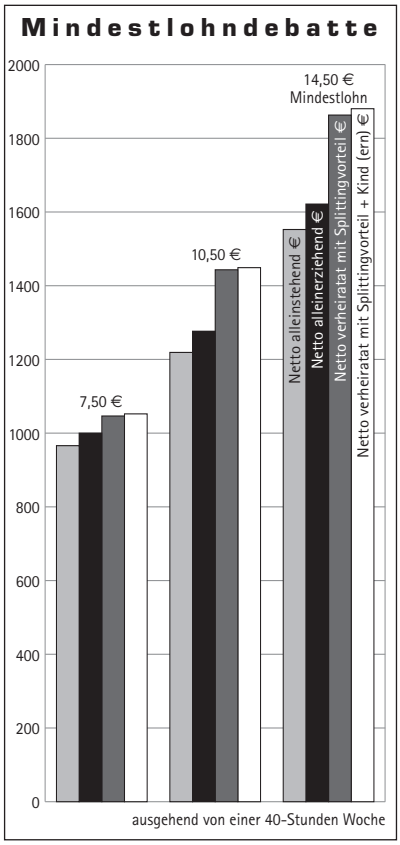
Riesterrente, wenn sie im Alter auf die Grundsicherung angerechnet wird? Wie sollen Menschen mit dem allerorts geforderten Mindestlohn von 7,50 €/Stunde auskommen? Selbst 10,50 €/Stunde sind nicht machbar. Deshalb sind wir hier im Haus auch strikt gegen einen Mindestlohn in der Pflege. Würde der gesetzlich festgelegt, würden die Pflegekassen das mit Freude begrüßen und nicht mehr zahlen. Was ist uns Pflege eigentlich wert? Diese Frage müssen wir uns stellen. Mindestens 14,50 /Stunde, würde ich sagen.

Die Zahl der Erwerbstätigen blieb seit Anfang der 1990er Jahre konstant bei rund 38 Mio., jeder dritte davon ist inzwischen im Niedriglohnsektor tätig und zahlt keine Sozialabgaben, die Arbeitslosenquote hat im gleichen Zeitraum um gut 50 % zugenommen. Unsere beitragsfinanzierten Sozialversicherungssysteme bluten aus. Vieles, was öffentlich diskutiert, gefordert und von der Politik umgesetzt wird, geht am eigentlichen Problem vorbei und lässt nur die Besserverdienenden profitieren. Was müsste getan werden?

Es wird schon eng in der Mittelschicht. Eine Familie mit mehreren Kindern muss sich einschränken, vieles geht nicht mehr. Politiker nehmen doch die Realität gar nicht mehr wahr. Frau von der Leyen stößt vieles an, was nötig ist, aber auch sie sieht nur einen Ausschnitt. Sie müsste mal zu uns nach Neukölln kommen, an die Schulen, in die Kindergärten. Das ist eine ganz andere Realität, die da vorherrscht. Wer von den Politikern fährt denn noch mal mit der S-Bahn und sieht, was wirklich los ist? Was ist denn mit der Verteilung zwischen arm und reich bei uns in Deutschland? Eine entsolidarisierte Gesellschaft sind wir! Da drückt sich die Politik. Viele Beispiele könnte man anführen: die Erbschaftssteuer, die Vermögensteuer. Oder das Kindergeld. Braucht das wirklich jeder in gleicher Höhe? Wäre nicht auch eine Staffelung viel realitätsgerechter, bedarfsgerechter? Also, mehr für diejenigen, die grad' so über die Runden kommen. Was wir dringend brauchen, ist eine gesellschaftliche Debatte über diese Themen.

Sind die Lasten in unserer Gesellschaft überhaupt noch gerecht verteilt oder ist die Idee der sozialen Gerechtigkeit, die ja unserer Verfassung zugrunde liegt, nur noch Utopie?

Das ist ein Witz! Soziale Gerechtigkeit gibt es hier nicht mehr. Und wir schweigen dazu, wir als Gesellschaft und wir als Kirche. Es betrifft uns immer mehr, aber wir wollen nichts damit zu tun haben. Es ist Angst, dass man auch in die Armutsfalle rutscht, aber es ist auch noch etwas anderes. Man will seinen Frieden haben. Da stehe ich dann manchmal schon fassungslos davor, wenn ich Menschen auch in Gemeinden erlebe,



die mit der Not im eigenen Kiez nichts zu tun haben wollen.

Wie können wir als Gesellschaft mit dem Ende der Ressource Arbeit denn überhaupt chancen- und teilhabegerecht umgehen?

Unser Bildungssystem müsste dringend weiter reformiert werden. Bildung ist der Schlüssel zur Teilhabe. Da muss mehr Geld rein, wir brauchen mehr Lehrer, kleinere Klassen, damit Kinder angemessen gefördert und begleitet werden können. Schauen Sie sich mal Kindertagesstätten an, aufgrund des Betreuungsschlüssels ist oftmals gerade bei den Kleinsten nicht viel mehr möglich als satt und sauber. Es fehlen die Kapazitäten. Von dem, was die EU empfiehlt, nämlich drei Kinder auf eine Erzieherin oder einen Erzieher, sind wir in der Praxis weit entfernt.

Wir haben genug Arbeit, nur ist die nicht bezahlbar. Heißt es. Dienstleistungen im erzieherischen und diakonischen Bereich, in der Pflege, dafür ist nicht ausreichend Geld da. Das ist ein Problem. Wo das Geld herkommen könnte? Wir brauchen eine Debatte über Werte und Prioritäten, so auch z. B. über unser militärisches Engagement und die Kosten, die es verursacht.

„Gerechte Teilhabe – Befähigung zu Eigenverantwortung und Solidarität" heißt die EKD-Denkschrift zur Armut (2006). Wo bleibt die Solidarität?

Es gibt sie, die solidarische Gesellschaft. Gott sei Dank. Es wird nur viel zu wenig davon öffentlich gemacht. Die Bereitschaft von kompetenten Menschen, sich zu engagieren, sind enorm gewachsen. Diejenigen, die sich engagieren, erleben es als Gewinn und als Bereicherung ihres Lebens. Sie haben damit Zugang zu Bereichen der Gesellschaft, den sie sonst nicht hätten. Wir haben Projekte, in denen sich Menschen mit Anfang 20 engagieren genauso wie solche, die die 70 überschritten haben. Und alle profitieren davon.

Überall ertönt der Ruf nach der Bürgergesellschaft. Ist das die Lösung oder verstärkt sie nur den Trend, da sich die Gesellschaft als Ganzes nicht mehr verpflichtet fühlt?

Nein, weder noch. Es wird nur gemeinsam eine Geschichte draus. Man kann auch nicht erwarten, dass der Staat alles löst. Verantwortung zur Mitgestaltung hat jeder und jede.

Wo bleibt die Wut? Warum halten alle still?

Das wundert mich auch. Als vor drei Jahren die Hartz-IV-Gesetze kamen, gab es Demonstrationen. Mit wenigen Teilnehmenden, und es wurden im Laufe der Zeit der immer weniger. Auch das könnte ein Ausdruck von Entsolidarisierung gewesen sein. Denken Sie nur an die Friedensdemos, da ist man früher mitgegangen, auch wenn es einen nicht unmittelbar selbst betraf. Wer es sich leisten kann, wird wütend. Die anderen schweigen, sind müde und resignieren. Es hat ja doch keinen Sinn, denken viele.

Ist die Demokratie in Deutschland gefährdet?

Nein, soweit würde ich nicht gehen. Aber der innere Zusammenhalt unserer Gesellschaft, der löst sich auf.

Das Gespräch führte Frauke Josuweit.

Susanne Kahl-Passoth

Seit September 2002 steht die 59-jährige Theologin an der Spitze des Diakonischen Werkes Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (DWBO). Zur Diakonie in der Region gehören ca. 54.000 Mitarbeitende. Von 1993 bis 2000 leitete Susanne Kahl-Passoth die Evangelische Frauen- und Familienarbeit in Berlin-Brandenburg.